Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

2,30 DM **D 2954 A**

Mittwoch, 5. September 2001, Nr. 206/36 D

Herausgegeben von Dieter Eckart, Jürgen Jeske, Berthold Kohler, Günther Nonnenmacher, Frank Schirrmacher

Hewlett-Packard übernimmt Compaq

Kno. SAN FRANCISCO, 4. September. Der kalifornische Computerhersteller Hewlett Packard (HP) übernimmt für 25 Milliarden Dollar in Aktien den Konkurrenten Compaq. Damit entsteht nach IBM das zweitgrößte Computerunternehmen der Welt, das einen Umsatz von 87,4 Milliarden Dollar erzielt. Die Aktienmärkte reagierten am Dienstag mit Kursgewinnen. „Gemeinsam werden wir unserer Branche auf Jahre hinaus den Stempel aufdrücken", sagte die HP-Vorstandsvorsitzende Carly Fiorina, die auch an der Spitze des fusionierten Konzerns stehen wird. Der bisherige Compaq-Vorstandsvorsitzende Michael Capellas wird Präsident von HP. Die Marke Compaq allerdings verschwindet. Der gemeinsame Konzern wird vor Dell der größte PC-Hersteller; HP ist zudem der größte Hersteller von Computerdruckern der Welt. Schon in den vergangenen Monaten haben HP und Compaq versucht, das IBM-Geschäftsmodell zum Teil zu kopieren und ein größeres Gewicht auf ihre Serviceangebote zu legen (Siehe Wirtschaft.)

Die Arbeitslosigkeit steigt Schröders Hand bleibt ruhig

„Eine Reformpause gibt es nicht" / SPD und Grüne einig über Eckpunkte des Haushalts 2002

clb./ami. FRANKFURT/BERLIN, 4. September. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August leicht gegenüber Juli gesunken. Das verlautete aus Kreisen der Bundesanstalt für Arbeit am Dienstag. Dennoch liege die Zahl erstmals seit 1998 höher als im Jahr zuvor. Im August 2000 hatten 3,78 Millionen Menschen keine Arbeit. Bereinigt von saisonalen Einflüssen rechnen Bankenvolkswirte abermals mit einem Anstieg. Damit würde sich auch im August die Tendenz seit Jahresanfang fortsetzen. Im Juli zählten die Arbeitsämter 3,8 Millionen Erwerbslose in Deutschland. Die Bundesanstalt für Arbeit wird die Zahlen an diesem Mittwoch bekannt geben.

Ungeachtet der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Konjunktur will die rot-grüne Bundesregierung nach Worten von Bundeskanzler Schröder (SPD) an ihrem Kurs zur Haushaltskonsolidierung festhalten. Wer Forderungen nach Zukunftsvorsorge und Gerechtigkeit zwischen den Generationen ernst nehme, „der muß weiter ernst machen mit der Haushaltskonsolidierung", sagte Schröder am Montag auf einer SPD-Wirtschaftstagung in Berlin. Damit wies er Forderungen zurück, die schwache Konjunktur mit einem staatlichen Ausgabenprogramm zu kräftigen. Vorschläge, die Wirtschaftsentwicklung durch ein Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform zu fördern, seien nicht finanzierbar, sagte der Kanzler. Allerdings erwarte er als Folge der schon beschlossenen Steuersenkungen eine Kräftigung der Binnennachfrage und damit der gesamten Konjunktur. Die wird im laufenden Jahr deutlich unter den von der Regierung zunächst angesetzten Prognosedaten liegen. Deshalb ist das von Schröder selbst gesetzte Ziel stark gefährdet, die Zahl der Arbeitslosen bis 2002 unter die Marke von 3,5 Millionen zu drücken.

Zugleich beschlossen die Haushaltspolitiker von SPD und Grünen auf ihrer Klausur in Dortmund, den Sparkurs im Wahljahr 2002 nicht zu verschärfen. Es solle bei der geplanten Neuverschuldung von knapp 41,3 Milliarden Mark bleiben. Die für 2002 errechnete Finanzierungslücke von etwa 2,6 Milliarden Mark soll durch Einsparungen und eventuelle Mehreinnahmen ausgeglichen werden. In welchen Ressorts gekürzt wird, soll bis November geklärt werden.

Entschieden wandte sich Schröder gegen Vorwürfe, die Regierung habe eine Reformpause eingelegt. Nichts entspreche der Wirklichkeit weniger als das. Reformen seien ein kontinuierlicher Prozeß. Deshalb sei auch keine der von der Regierung angegangenen Reformen, ob in der Familien-, Steuer-, Sozial- oder Gesundheitspolitik abgeschlossen: „Wir modernisieren und reformieren konsequent weiter, um unsere Ziele einer nachhaltigen, gerechten Entwicklung zu erreichen." Die Bundesregierung werde weiterhin „umsetzen, entscheiden – aber durchaus mit ruhiger Hand".

In seinem als Grundsatzrede angekündigten Beitrag ging der Kanzler und SPD-Vorsitzende ausführlich auf Chancen und Risiken der Globalisierung der Weltwirtschaft ein. (Fortsetzung Seite 2, siehe Wirtschaft.)

Wert des Wartens

G.H. Politik ist die Kunst des Möglichen, nicht des Unmöglichen. Daher sieht es nach einem Fehler des Bundeskanzlers aus, daß er seinen Innenminister mit der Ausarbeitung eines Einwanderungsgesetzes beauftragte, das von den Grünen bis zur CSU Zustimmung finden soll. Derlei Unmögliches läßt sich trotz aller Raffinesse (Schilys harte Sprache, Süssmuth-Kommission) nicht bewerkstelligen, zumindest nicht im ersten Anlauf. Schröder tut zwar so, als wollte er das Einwanderungsgesetz noch in dieser Wahlperiode – Motto: mal sehen, ob Grüne und Union nachgiebig genug sind – erledigen, aber er hat Schily schon längst auch für die nächste Legislaturperiode dienstverpflichtet. Wozu bräuchte er ihn denn noch, außer dazu, die Union auf die Zustimmungsbahn für das Einwanderungsgesetz zu locken?

Schröder und Schily betreiben von Anfang an ein durchsichtiges Spiel, mit erprobten Regeln und einem festen Ziel: Bis beide aus dem Amt scheiden, soll der Weg geebnet sein, Deutschland von einem Nationalstaat in der Europäischen Union zu einem Einwanderungsland mit wachsendem Bevölkerungsanteil außereuropäischer Herkunft zu wandeln. Ginge es hingegen allein darum, Deutschland im Sinne der Freizügigkeit und Arbeitsmigration für EU-Europäer zu öffnen, dann bräuchte man kein Einwanderungsgesetz, sondern nur die Anwendung der Europäischen Verträge. Das Projekt Einwanderungsgesetz wird jedoch betrieben, während sich schon die Erweiterung der EU um zehn Staaten in einigen Jahren abzeichnet.

Schröder nimmt die gegenwärtige Unzufriedenheit der Grünen einerseits und der Union andererseits mit Schilys Entwurf gerne in Kauf. Sollte das Vorhaben Einwanderungsgesetz vor der Wahl scheitern, dann ließe sich nach der Wahl den Parteien und den Bürgern umso glaubwürdiger sagen: „Aber ihr habt doch gesehen, daß ihr eure jeweiligen Vorstellungen so nicht in Reinform verwirklicht bekommt; allein unser Konsensmodell bietet euch zumindest Teilerfolge." Auf diese Art hat sich die SPD schon bei so manchen Richtungsgesetzen durchgesetzt. Und es wird ihr wieder gelingen, wenn die Union auf Scheinzugeständnisse eingeht („das geringe Übel"), anstatt hart zu bleiben und darauf zu setzen, daß die Wähler ihren Standpunkt teilen. Schon allein das Schauspiel, ob sich Schröder mit einer knappen Ampel-Mehrheit diesem Risiko stellen wird, wäre des Abwartens wert.

Frankfurter Allgemeine

Themen vom Tage

Politik

Nicht nur der Zionismus, auch die Sklaverei bringt Südafrika in Durban in die Zwickmühle. 2

Windkraftanlagen spalten dörfliche Gemeinschaften häufig in Freunde und Feinde. 3

Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen den Hamburger Amtsrichter Schill aufgehoben. 4

Stammzellen, grüne Gentechnik, Biopatente: In diesem Herbst werden wichtige Entscheidungen getroffen. 5

Die diplomatischen Bemühungen um

Athener Goethe-Institut vor Zwangsversteigerung

Gericht weist deutschen Antrag auf Rechtsschutz ab / Unruhe in Berlin / „Gefährlicher Präzedenzfall"

Her./elo. ISTANBUL/BERLIN, 4. September. Das Oberlandesgericht Athen hat am Dienstag den Eilantrag der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen, den vorläufigen Rechtsschutz für die Immobilie des Goethe-Instituts in Athen wiederherzustellen. Dieser Rechtsschutz sollte die Zwangsversteigerung des Gebäudes bis zum Urteil desselben Oberlandesgerichts über die Rechtmäßigkeit der Zwangsvollstreckung aussetzen. Damit kann die Zwangsvollstreckung beginnen. Die Zwangsversteigerung sei für den 12. September festgesetzt, hatte zuvor ein Anwalt angekündigt, der die dreihundert Hinterbliebenen der 214 Opfer des Massakers von Distomo vertritt. Am 10. Juni 1944 hatte die Vierte SS-Polizei-Panzergrenadier-Divi- der Nachfahren der Opfer von Distomo abzuwehren. Im Auswärtigen Amt hieß es am Dienstag, die Bundesrepublik habe als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs „große Anstrengungen" unternommen, um den Opfern deutscher Verbrechen Unterstützung, auch finanzieller Art, zukommen zu lassen. Das gelte auch für Griechenland. Doch könne die Bundesregierung die in Rede stehende Angelegenheit nicht „im Rahmen einer Reparationsdebatte oder auf privatrechtlicher Ebene" behandeln. Hingewiesen wird in Berlin auf den 1961 von der Bundesrepublik und Griechenland unterzeichneten Vertrag zur abschließenden Regelung von Entschädigungsfragen. Damals hatte sich Bonn zur Zahlung von 115 Millionen Mark verein Prinzip wird. Schon werden Bedenken geäußert, andere von Deutschen in der Vergangenheit begangene Verbrechen könnten Opfer oder deren Nachfahren zu ähnlichen Klagen veranlassen.

Der Areopag, der dem deutschen Bundesgerichtshof entspricht, hatte am 14. April 2000 das Urteil des Landgerichts Livadia bestätigt, nach dem die Bundesrepublik keine Staatenimmunität beanspruchen könne und die Klage der Hinterbliebenen auf Schadensersatz von umgerechnet 55 Millionen Mark rechtens sei. Der Vorsitzende des Areopag, der bei dem Urteil ein Minderheitsvotum abgegeben hatte, legte den Fall dem Obersten Sondergerichtshof vor, der dem Bundesverfassungsgericht vergleichbar ist. Der wird am 29.

Der Popanz von Durban

Von Thomas Schmid

Nicht zufällig findet die lange vorbereitete und gründlich gescheiterte Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban statt. Das gastgebende Südafrika wird vielerorts als die Staat gewordene Verpflichtung wahrgenommen, der rassistisch begründeten Diskriminierung, wo immer sie auftritt, ein Ende zu machen. Südafrika lehrt jedoch auch, daß es den großen Akt der Selbstbefreiung nicht gibt. Rassismus lebt fort, auch als

te, hat jedoch noch tiefere Gründe. Die westliche Zivilisation ist sich ihrer selbst schon lange nicht mehr gewiß und läßt sich mit berechtigten wie unberechtigten Vorwürfen leicht in lähmende Selbstzweifel stürzen. Die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Robinson, hat fast flehentlich gefordert, die Konferenz möge sich den vielen Fragen der Gegenwart und der Zukunft zuwenden. Statt dessen hat

mordanschlag überschattet. 6

Die französische Sozialministerin will ein zweites Auffanglager für illegale Einwanderer am Eurotunnel errichten 7

Der Vertreter der OSZE in Minsk sieht die Wahlen in Weißrußland als Kampf zwischen David und Goliath. 9

Deutschland und die Welt

Fahrstuhl zur Cimbria: Wie die Fracht eines 1883 gesunkenen Passagierdampfers geborgen wird. 13

Schmerzensgeld für Mobbing-Opfer: Arbeitsgericht gewährt Schutz für schickanierten Mitarbeiter 15

Die Tochter mußte funktionieren: Im Prozeß gegen Antje L. hat ihre Mutter ausgesagt 15

Zeitgeschehen

Fördert SPD-Generalsekretär Müntefering die Gruppenbildung bislang eher unbekannter Abgeordneter?

Ohne Kirchenrecht: Die wissenschaftlichen Schwächen der reformierten Juristenausbildung.

Bedrohter Kämpfer: Wassilij Leonow vereint die Opposition gegen den weißrussischen Präsidenten 16

Wirtschaft

Anleger sollen Anspruch auf Schadensersatz haben, wenn Unternehmen kursbewegende Tatsachen verschweigen 17

Sport

Die Brettschneider-Studie hat einen heilsamen Schock ausgelöst. Der Vereinssport will besser werden 48

Feuilleton

Nur der erbärmliche Künstler erfindet nichts - Hieronymus-Bosch-Ausstellung in Rotterdam 49

Natur und Wissenschaft

Geisteswissenschaften

Stil 56

Jugend und Umwelt 57

Briefe an die Herausgeber 10

Amtliche Bekanntmachungen auf den Seiten A 1 bis A 8

Das Wetter 32

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH ■ POSTANSCHRIFT: 60267 FRANKFURT AM MAIN ■ TELEFON: (069) 75 91-0 ■ **ANZEIGEN** FAX: (069) 75 91-23 33; TELEFON: (069) 75 91-33 44 ■ **REDAKTION** FAX (0 69) 75 91 - 17 43; E-MAIL: REDAKTION@FAZ.DE; BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: LESERBRIEFE@FAZ.DE ■ **VERTRIEB** FAX: (069) 75 91-21 80; E-MAIL: VERTRIEB@FAZ.DE ■ **ABONNENTEN-SERVICE**: 01 80 - 2 34 46 77 ■ **PROBE-ABONNEMENT**: 01 80 - 2 52 52 ■

4 390295 402303 30036

sion in der griechischen Ortschaft das Massaker als Vergeltungsmaßnahme verübt.

Im Auswärtigen Amt in Berlin verursacht die Entwicklung der Angelegenheit einige Unruhe. Die Staatenimmunität gelte für Deutschland als „universales Prinzip", hieß es dort. Seit längerem versucht die Bundesregierung, die Forderungen pflichtet. Nun heißt es im Auswärtigen Amt, sollte es tatsächlich zur Pfändung deutschen Eigentums kommen, so könnte das ein „gefährlicher Präzedenzfall" werden. Es könnte den Beginn von „viel Streit und Zwietracht" bedeuten und alte Wunden wieder aufreißen. Die Gefahr wird darin gesehen, daß aus dem Beispiel September mit der Anhörung zur Frage beginnen, ob griechische Gerichte befugt sind, Fälle gegen ausländische Staaten zu führen. Nach dem Urteil des Areopag im vergangenen Jahr blieb umstritten, ob daraus die Zwangsvollstreckung deutscher Liegenschaften abgeleitet werden könne. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 3.)

Schröder will Streit über Einwanderung entschärfen

Der Zeitplan soll trotz Grünen-Kritik beibehalten werden / Koalition über Umgang mit der Union uneins

ban. BERLIN, 4. September. Nach dem einstimmigen Votum des Parteirates der Grünen, in seiner derzeitigen Fassung sei der Referentenentwurf von Bundesinnenminister Schily zum Einwanderungsgesetz für sie „nicht zustimmungsfähig", hat Bundeskanzler Schröder für diesen Donnerstagabend ein Koalitionsgespräch angesetzt. Schröder wolle – nach der Abstimmung im Bundestag über den Mazedonien-Einsatz, bei dem die Koalition eine eigene Mehrheit verfehlte – vermeiden, daß sich auf anderen Gebieten weitere Konflikte in der Koalition verschärften, hieß es. Führende Grüne hatten Details und auch grundsätzliche Linien des Referenten-Entwurfes kritisiert, weil dieser Einwanderer in unterschiedliche Klassen einteile. Außerdem rede Schily zuviel mit den Unions-Parteien und zu wenig mit ihnen. Nach der Entscheidung Schröders sagte Schily am Dienstagmittag kurzfristig eine Pressekonferenz ab, auf der er seinen Referentenentwurf erläutern wollte. In der Bundesregierung hieß es, bei dem Koalitionsgespräch sollten das „weitere Vorgehen" beim Einwanderungsgesetz und auch der Zeitplan erörtert werden. Bisher ist vorgesehen, daß das Bundeskabinett am 26. September über den Gesetzentwurf entscheidet und der Bundestag seine Beratungen in diesem Jahr beende. Daran werde sich – wenn überhaupt – nur wenig ändern, hieß es in der Regierung. Fachleute in der SPD halten es weiterhin für möglich, diesen Zeitplan einzuhalten. Bei den Grünen herrschen Zweifel daran: die Fraktionsvorsitzende Kerstin Müller erinnerte daran, daß bei der letzten größeren Veränderung des Ausländergesetzes zu Zeiten von Bundeskanzler Kohl eineinhalb Jahre nötig gewesen seien.

Darüber hinaus dürfte die Runde darüber sprechen, wie die Koalition den unterschiedlichen Reaktionen der Unions-Parteien auf Schilys Entwurf begegnen solle. Während der saarländische Ministerpräsident Müller, der in der CDU die Einwanderungspolitik koordiniert, Kompromißbereitschaft andeutete, widersprach die CSU Müller. Der Fraktionsvorsitzende Merz will erst eine Regierungsvorlage abwarten.

Das Koalitionsgespräch dürfte auch der Frage gelten, wie SPD und Grüne auf den Umstand reagieren wollen, daß das Einwanderungsgesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die Grünen möchten vermeiden, daß der Zwang zum Kompromiß allein auf ihre Kosten geht. Schröder wiederum hatte im Sommer den Koalitionspartner gewarnt, mit zusätzlichen Forderungen zum Referenten-Entwurf „draufzusatteln". Bei den Grünen wird dazu die Frage gestellt, wie sich die Koalition verhalte, wenn die Unions-Parteien ihrerseits mit immer neuen Forderungen ursprüngliche Ziele der Koalition infrage stellten. Kritisch hieß es in der Koalition, niemand wisse genau, was Schily in den vergangenen Wochen mit Vertretern von CDU und CSU besprochen habe. Die Unions-Vertreter vermittelten nach einem dieser Gespräche den Eindruck, Schily sei kompromißbereit. (Fortsetzung Seite 2.)

Südkoreanisches Kabinett reicht Rücktritt ein

SEOUL, 4. September (dpa). Ungeachtet einer schweren Regierungskrise will Südkorea an seiner Politik der Aussöhnung mit Nordkorea festhalten. Dies bekräftigte am Dienstag ein Sprecher von Präsident Kim Dae-jung wenige Stunden nach dem Rücktrittsgesuch des Kabinetts. Ministerpräsident Lee Han-dong und 21 Minister wollten damit dem Präsidenten eine Neuordnung der Regierung ermöglichen. Kim werde das Kabinett bald umbilden, sagte der Sprecher. Unterdessen besuchte der chinesische Präsident Jiang Zemin Nordkorea. (Siehe Seite 16.)

Telekom-Kabelnetz an Liberty Media verkauft

Stu. BONN, 4. September. Die Deutsche Telekom AG, Bonn, hat nach langem Ringen den Vertrag über die Veräußerung von sechs regionalen Fernsehkabelgesellschaften an die amerikanische Liberty Media Corp, Denver, unter Dach und Fach gebracht. Der Vertrag wurde in der Nacht zum Dienstag unterzeichnet. Damit habe die Telekom ihr Ziel erreicht, sich vom Fernsehkabel zu trennen, sagte Gerd Tenzer, Vorstand für Produktion und Technik. Der Konzern hatte den Verkauf, der rund 11 Milliarden Euro brachte, im Frühjahr 1998 eingeleitet. (Siehe Wirtschaft.)

Blüm sieht die CDU in der „liberalen Falle"

FRANKFURT, 4. September. Der frühere Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) wendet sich gegen das Konzept der „neuen Sozialen Marktwirtschaft", das Präsidium und Vorstand der CDU unter Führung der Bundesvorsitzenden Merkel in der vergangenen Woche zur Diskussion vorgelegt haben. „Einer christlichen Partei stünde es gut an, dem Imperialismus der Verwirtschaftung des Lebens die Grenzen in der Würde des Menschen zu setzen", heißt es in einem Beitrag des CDU-Politikers für die Seite „Die Gegenwart" der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Statt dessen amputiere die Union die menschliche Natur und zeichne das Individuum auf Nutzenmaximierer und Kalkulierer seiner Vorteile. Selbst das Verhältnis des Bürgers zum Staat werde als auf Gegenseitigkeit beruhende Vertragsbeziehung gedeutet, als wäre die Politik nicht das Gegenüber des Bürgers. Blüm warnt vor den Verlockungen der neuen Ökonomie: „Die Maximierung der Wahlfreiheit landet in der Wahllosigkeit der Entscheidungen." Ludwig Erhards habe mit seinem Programm der formierten Gesellschaft versucht, die Marktkräfte durch die übergeordneten Ideen des Gemeinwohl zu disziplinieren. Von einer solchen Vorstellung von Gerechtigkeit ist die CDU im Urteil Blüms weit entfernt. Sie sitze in der „liberalen Falle". (Siehe Seite 12.)

Metallindustrie einig über Altersvorsorge

nf. BERLIN, 4. September. Die etwa 3,6 Millionen Beschäftigten der deutschen Metall- und Elektroindustrie dürfen künftig bis zu vier Prozent ihres Einkommens in eine betriebliche Altersversorgung leiten. Die Arbeitgeber können dazu schon bestehende Vorsorgesysteme nutzen, falls diese den staatlichen Förderkriterien entsprechen, oder die Vorsorge über eine neue gemeinsame Einrichtung abwickeln. Darauf haben sich die Führungsgremien der IG Metall und des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall am Dienstag in Köln verständigt. (Siehe Wirtschaft.)

Ermittlungen gegen Bayer eingeleitet

hpe. DÜSSELDORF, 4. September. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Chemie- und Pharmakonzern Bayer wegen des Verdachts des fahrlässigen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz eingeleitet. Geprüft werde, ob Bayer das cholesterinsenkende Medikament Lipobay rechtzeitig vom Markt genommen habe, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Bayer hatte Lipobay vom Markt genommen, nachdem Fälle von Muskelschwäche bekannt geworden waren. Mit Lipobay werden 52 Todesfälle in Verbindung gebracht. (Siehe Wirtschaft.)

gen Schwarze stellt. Wie so oft gilt auch hier: Die Probleme beginnen, wenn sie gelöst scheinen. So gesehen, ist die Entscheidung für den Tagungsort Durban eine gute Entscheidung gewesen.

Vordergründig scheitert die Konferenz an den arabischen Staaten. Ohne jedes Interesse, das große Thema der Konferenz voranzubringen, nutzten sie das internationale Forum, um ein bekanntes semantisches Unternehmen voranzubringen: Der Staat Israel – gegründet auch, um den Juden der Welt nach dem Holocaust einen sicheren Ort zu schaffen – soll als ein rassistischer Staat erscheinen, der nun selbst einen Genozid betreibt. Die arabischen Staaten haben diese Verurteilung Israels nicht im Handstreich auf die Tagesordnung gebracht, sondern von langer Hand, auch in Vorkonferenzen, vorbereitet. Das zeigt, daß Veranstaltungen wie diese – die immerhin unter der Obhut der Vereinten Nationen stattfindet – offensichtlich kein geeignetes Mittel sind, um eine so wichtige, aber auch ungeklärte und unscharfe Frage wie die des Rassismus fernab vom Streit des Tages zu verhandeln. Und indem sich dort Staaten, deren Herrscher im eigenen Land die Menschenrechte notorisch mißachten, ungehindert zu Richtern über die Einhaltung der Menschenrechte aufschwingen, beschädigen sie insgesamt das Instrumentarium internationaler Konferenzen, das unter dem Dach der Vereinten Nationen geschaffen worden ist. Der Wolf, der von der Kanzel predigt, bereichert die Kirche nicht, sondern entweiht sie.

Schon der Name der Konferenz läßt nichts Gutes ahnen: „Weltkonferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und ähnliche Formen der Intoleranz". Gewiß, hinter der Phalanx von verwandt gemachten Begriffen steht das Bemühen ehrenwerter Menschen, ein schwieriges und vielfältiges Phänomen zu fassen. Doch das Bemühen um Genauigkeit führt nicht zu Konkretion, sondern zu Inflation, die Verurteilungsskala ist nach oben offen. Alles hängt mit allem zusammen, jeder kann damit den ihm genehmen Feind bezeichnen, das Ganze bietet sich der tagespolitischen Nutzung geradezu an. Zudem leiden Konferenzen wie diese an dem Mangel, der auch alle heimische Antidiskriminierungspolitik auszeichnet: Wo versucht wird, einen moralischen Imperativ in Verordnungsform zu bringen, ist das Ergebnis entweder banal oder unpraktikabel oder eine neue Waffe im ideologischen Kampf.

Daß die Front derer, die die westlichen Länder auf der Anklagebank sehen möchten, in Durban das Konferenzgeschehen prägen und lahmlegen konn-

tik, Geschichtspolitik betrieben. Jahrzehnte nach der großen Zeit der nationalen Befreiungsbewegungen hat deren Philosophie Einzug gehalten in das internationale Kongreßwesen. Die großen Foren werden benutzt, um Schlachten der Vergangenheit zu bilanzieren und in Forderungen umzusetzen, die in Heller und Pfennig beziffert werden.

Sprecher der „International and Historic African World Reparations and Repatriation Conference" fordern von den westlichen Industrienationen 777 Billiarden Dollar Wiedergutmachung für die Greuel des Sklavenhandels. Das ist eine Aufforderung an wen auch immer wo auch immer in der Welt, alte Rechnungen ohne jede zeitliche Begrenzung nach hinten wieder aufzumachen – mithin eine Mittel, ewigen Zwist zu säen. Man will die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen, sie wird in den Dienst der Gegenwart gestellt.

Vor vierzig Jahren veröffentlichte Frantz Fanon, zuvor Chefarzt einer psychiatrischen Klinik in Algerien, „Die Verdammten dieser Erde". Die in leidenschaftlichem Duktus geschriebene Schrift, ein Schrei aus der Tiefe, wurde zu einer Art Manifest der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Der schlichte und gefährliche Gedanke, der dem Werk zugrunde liegt, war so mächtig, daß Fanon – eigentlich ein Mann der Zwischentöne und des reflektierten Leids – sich regelrecht mitreißen ließ. Gegen die Gewalt der Kolonialisten helfe nur die Gewalt der Kolonisierten. „Deportationen, Blutbäder, Zwangsarbeit, Versklavung" seien „die Hauptmittel der Kapitalisten". Deren Taten vergleicht er mit den Kriegsverbrechen, über die in Nürnberg gerichtet wurde, und fordert Reparationen: „Der Reichtum der imperialistischen Länder ist auch unser Reichtum."

Fanons politische Philosophie begeisterte, weil sie so messerscharf zwischen Gut und Böse zu scheiden wußte und weil sie eine plausibel klingende Lösung anbot. Nachdem Befreiungsbewegungen gesiegt hatten, begann meist ein neues, oft ein größeres Elend. Mit dem Popanz von gestern versuchen manche dieser Staaten davon abzulenken, daß sie für ihre Misere zumindest mitverantwortlich sind. Westliche Staaten, Unternehmen und einzelne haben in den Zeiten des Kolonialismus Verbrechen begangen. Sie tragen aber nicht die Gesamtverantwortung für Unterentwicklung und Despotie in vielen Ländern der Dritten Welt. Der Erfolg der westlichen Zivilisation ist kein barbarischer. Es ist daher beklagenswert unzeitgemäß, wenn auf großen Weltkonferenzen ideologischen Schimären gehuldigt wird, die nur dazu taugen, Entwicklung zu verhindern.